

SOWJETZONE

KAMPFGRUPPEN

Neue Gewehre

In vertraulichen Zirkularen sprach Polizei-Oberst Karl-Erich Mellmann, höchster Chef aller DDR-Kampfgruppen, seinen Unterführern gedämpftes Lob aus: Das am 30. Juni beendete Ausbildungsjahr 1962/63 habe „bessere Erfolge“ gebracht als die früheren Jahre.

Gleichzeitig forderte der Obrist noch höhere Leistungen zu Ehren des für September anberaumten zehnten Stiftungsfestes der SED-Miliz.

Innerhalb von zehn Jahren haben sich die Kampfgruppen der Einheitspartei nach DDR-Maßstäben zu einer schlagkräftigen und zuverlässigen Truppe entwickelt: Die 150 000 Feierabend-Soldaten sind dazu ausersehen, im Kriegsfall die Heimat- und Territorialverteidigung zu übernehmen und die gegenwärtig auf 90 000 Mann begrenzte Volksarmee zu entlasten.

Anders als auf nahezu allen Ebenen ihres Wirkens erfand Walter Ulbrichts Partei für ihre Miliz schon früh eine klare Konzeption, die beibehalten wurde: Kampfgruppenmitglied konnte und kann nur werden, wer seine Treue zur Partei- und Staatsführung hinlänglich bewiesen hat.

Der von den SED-Milizionären zu leistende Eid fordert ausdrücklich Gehorsam zuallererst gegenüber der Partei: „Ich bin bereit, als Kämpfer der Arbeiterklasse die Weisungen der Partei zu erfüllen, die Deutsche Demokratische Republik, ihre sozialistischen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich.“

Auf das Prinzip strenger Selektion ihrer Waffenträger ist die SED aufgrund bitterer Lektionen verfallen. Beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 hatten die Führungsgenossen erkennen müssen, daß auf ihre regulären Truppen, damals noch Kasernierte Volkspolizei genannt, kein Verlaß war.

Bestürzt über das Ausmaß des Volkszorns und verängstigt durch das Versagen der Vopos, beschloß das Politbüro im September 1953, die bis dahin unbedeutenden Betriebsschutz-Einheiten — Gruppchen karabinerbewaffneter Genossen in einigen größeren Volkseigenen Betrieben — zu einer schlagkräftigen Partei-Schutztruppe auszubauen.

Die SED-Führung berief sich dabei auf gute Erfahrungen, die ihre Prager Genossen 1948 während des kommunistischen Umsturzes mit roten Arbeitermilizen gemacht hatten.

Am 1. Mai 1954 durften einige mit Skimütze, blauem Overall und roter Armbinde uniformierte Einheiten der neuen „SED-Betriebskampfgruppen“ erstmals öffentlich paradiere.

Ein Jahr später war die erste Aufbaustufe erreicht: Volkseigene Betriebe und Verwaltungen verfügten über eigene Kampfgruppen, die ihre Befehle von der Ostberliner Parteizentrale am Werderschen Markt empfangen.

Im Frühsommer 1955 — die DDR war inzwischen dem Warschauer Pakt beigetreten — verfügte das Politbüro

eine organisatorische Reform. Die nunmehr nur noch „Kampfgruppen“ genannte Miliz wurde der Polizei-Hauptverwaltung im DDR-Innenministerium unterstellt. Lediglich das Personalressort verblieb in der Verantwortung der Parteileitungen.

Gleichzeitig wurden die Kampfgruppenmitglieder, amtlich „Kämpfer“ genannt, neu formiert: Grundeinheit ist seither nach dem Muster der Bereitschaftspolizei die Hundertschaft mit drei Zügen, der Zug zu drei Gruppen.

Nach Möglichkeit werden dabei die Freiwilligen eines kleineren Betriebes jeweils in einer Gruppe, die eines größeren Betriebes in einem Zug oder gar in einer Hundertschaft zusammengefaßt: Was zusammen arbeitet, soll auch zusammen kämpfen.

Ist der Ort groß genug und melden sich genügend Freiwillige am Ort, bilden drei Hundertschaften ein Bataillon.



DDR-Kämpfer vorm Brandenburger Tor
In der Kampfpause Blick ins Handbuch

lon. Ist der Ort zu klein, oder melden sich nicht genügend lokale Kämpfer, bleibt die Hundertschaft außerhalb eines Bataillons-Verbandes. Die Führung der Einheiten eines Kreis- oder Stadtgebiets liegt bei „Zentralen Kampfgruppen“, die etwa einem Brigadestab entsprechen.

An dieser Organisationsform hat sich im wesentlichen bis heute nichts geändert. Ausbildung und Bewaffnung jedoch sind fortlaufend verbessert worden.

Im abgelaufenen Übungsjahr hatte jeder Kämpfer 120 Ausbildungsstunden zuzüglich mehrerer Wochenendübungen und Planspiele zu absolvieren. Die von Offizieren der Bereitschaftspolizei geschulten Kommandeure mußten für ihre Fortbildung noch weit mehr Zeit aufwenden. Auf das militärische Niveau der Kampfgruppen wirkte sich zudem der wachsende Zugang von Volksarmee-Reservisten und Absolventen der vormilitärischen Übungen günstig aus, die von der „Gesellschaft für Sport und Technik“ veranstaltet werden.

Mit langsam steigender Leistungsfähigkeit begann das Kampfgruppen-

Oberkommando unter dem Obristen Mellmann, die Einsatz-Aufgaben der inzwischen zünftig olivgrün Uniformierten stärker zu differenzieren: Den älteren Genossen Kämpfern wurde der Objektschutz — Bewachung von Betrieben und Verkehrsanlagen —, der jüngeren Mannschaft der operative Einsatz in der Territorialverteidigung zugewiesen.

Den unterschiedlichen Aufgaben wurde die Bewaffnung der Hundertschaften angepaßt. In den Gründerjahren beschränkte sich die Ausrüstung vorwiegend auf den alten Karabiner 98k und das großdeutsche Sturmgewehr 44. Heute finden sich Restbestände dieser veralteten Kugelspritzen nebst einer geringen Anzahl Sowjet-Flinten nur noch bei den Objektschützern.

Auch die Sowjet-Maschinenpistole 41 mit dem charakteristischen, 71 Schuß fassenden Trommelmagazin, die jahrelang Standardwaffe der Kampfgruppen war, ist inzwischen zum großen Teil durch ein modernes Sturmgewehr sowjetischer Bauart ersetzt worden. Die Umrüstung von alten deutschen Maschinengewehren der Typen 34 und 42 auf sowjetische Waffen wurde nahezu abgeschlossen.

Den Kampfgruppen stehen nunmehr standardisierte, im ganzen Ostblock verwendete Handfeuerwaffen zur Verfügung. Damit entfällt die Doppelmunitionierung mit sowjetischen 7,62-Millimeter- und altdeutschen 7,9-Millimeter-Patronen.

Im Herbst 1959 schließlich begann das Ostberliner Kampfgruppenkommando in Karl Marons Innenministerium mit der Aufstellung sogenannter „Schwerer Bataillone“ für die Aufgaben „der Territorialverteidigung“. Einheiten dieser Art verfügen heute über je zwei mit Schützenpanzern ausgerüstete motorisierte Hundertschaften und über eine „Schwere Hundertschaft“, die in je einen Pak-, sMG- und Granatwerfer-Zug gegliedert ist.

Bewaffnet sind diese Züge mit Schweren Maschinengewehren, Kaliber 12,7 Millimeter, mit 82-Millimeter-Granatwerfern und 45-Millimeter-Panzerabwehrkanonen, allesamt sowjetischer Bauart. Zur Gefechtsausrüstung gehören ferner Handgranaten, Minen und Pioniermaterial.

Dieser Ausrüstungsstand gilt den Kampfgruppenplanern nicht als Endziel. Zumindest die Kommandeurausbildung erstreckt sich inzwischen auch auf das Hantieren mit größerer Artillerie und Kampfpanzern.

Gleichwohl sind dem Ehrgeiz der Genossen Kämpfer physische Grenzen gesetzt: Die Ausbildung an immer komplizierteren Waffen erfordert zuviel Zeit und Konzentration, als daß sie nur am Feierabend oder an Wochenenden bewältigt werden könnte. Das Training in die Arbeitszeit zu verlegen, verbietet sich aber wegen des chronischen DDR-Mangels an Arbeitskräften.

Um die kampffreie Freizeit der DDR-Werkstätigen auszufüllen, edierte das Kampfgruppenkommando ein „Handbuch für den Kämpfer“, mit dessen Hilfe sich der Milizionär freie Stunden lehrreich vertreiben soll. Der Band verzeichnet auf 406 Seiten von der Waffen- und Geländekunde bis zum Strahlen-

Eine interessante Kapitalanlage



Wenn Sie die suchen, sollten Sie Besitzer eines Quick-Wasch Selbstbedienungszentrums werden, ausgerüstet mit modernen Münzwaschautomaten der General Electric Company und – auf Wunsch – bewährten Reinigungsautomaten.

Quick-Wasch Selbstbedienungszentren ermöglichen Hausfrauen und den vielen Jungesellen beiderlei Geschlechts zu jeder Tageszeit bis in die späten Abendstunden nicht nur vollautomatisch zu waschen, sondern auch zu trocknen, zu mangeln sowie Kleidungsstücke zu reinigen. Diese großen Vorteile haben dazu geführt, daß es in den U.S.A. bereits über 35 000 Selbstwaschzentren gibt, obwohl dort mehr als 95 Prozent aller Haushalte eine automatische Waschmaschine haben. Ein Markt also, der große Möglichkeiten

bietet – ohne Personalsorgen, bei kaum nennenswertem eigenem Zeitaufwand!

Quick-Wasch Selbstbedienungszentren werden in Deutschland ausschließlich von uns nur für ausgesuchte Kunden eingerichtet. Das erforderliche Eigenkapital beträgt 25. bis 35.000 DM, die erzielbaren Jahresgewinne 30. bis 40.000 DM vor Gewinnsteuern. Spezialkenntnisse sind für den Besitz eines Quick-Wasch Selbstbedienungszentrums nicht nötig, da wir unsere Kunden in allen Fragen der Betriebsführung beraten. Außerdem gestatten wir die Benutzung unseres eingetragenen Warenzeichens.

Wie Sie Besitzer eines Quick-Wasch Selbstbedienungszentrums werden und auf diese Weise Kapital hochverzinslich und wertbeständig anlegen können, darüber informieren wir Sie gern.



Quick-Wasch GmbH
Frankfurt a. M.
Güntherstrasse 39
Telefon: 67 34 41

Kostenlose Beratung

Bitte beraten Sie mich unverbindlich über Einrichtung, Finanzierung, Betrieb und Rendite eines Quick-Wasch Selbstbedienungszentrums.

Name: _____

Ort/Kreis: _____

Strasse: _____

Tel.: _____

Wir suchen ständig Ladenräume ab 60 Quadratmeter mit eigenem Kamin in dichtbesiedelten Wohngebieten.

schutz alles, was der Zivil-Landser von heute wissen muß.

Die Lektüre des Buches, so hoffen die Herausgeber, werde durch literarische Aufrüstung ausgleichen, was den Genossen Kämpfern an praktischer Ausbildung womöglich noch fehlt.

Das als Verfasser genannte anonyme „Autorenkollektiv“ empfiehlt daher im Vorwort, die Fibel im Marschgepäck mitzuführen, „um in Zweifelsfragen während der Kampfpausen schnell nachlesen und die Kenntnisse auffrischen zu können“.

JUSTIZ

STERILISATION

Geheimnis gebrochen

Der Platz der deutschen und insbesondere der niedersächsischen Frau ist das Bett — das Wochenbett. Die Gattin, die ihre ehelichen Pflichten auch ohne den ausdrücklichen Wunsch nach neuerlichem Nachwuchs erfüllt, gibt sich „einer ungemehnten Genußsucht“ hin.

Diese Erkenntnis haben drei verheiratete Richter des Oberlandesgerichts Celle zur höchststrichterlichen Entscheidung aufgewertet, und zwar auf Antrag des Celler Generalstaatsanwalts Rudolf Biermann, der „die Rudimente des Anstands im deutschen Volk wiederherstellen“ will.

Rudolf Biermann hatte seinen Antrag an den Dritten Strafsenat des Celler Oberlandesgerichts nicht als öffentlicher Ankläger gestellt. Der Generalstaatsanwalt war der Beschuldigte. Er sollte sich dafür verantworten, im Zuge der Ermittlungen gegen den ehemaligen Chefarzt des Krankenhauses Großburgwedel, Dr. Axel Dohrn, Kollegen von Dohrn zum Bruch ihrer Schweigepflicht angestiftet zu haben.

Dohrn war verdächtig, zwischen 1948 und 1958 rund 1000 Frauen auf eigenen Wunsch von der ständigen Angst vor neuen Kindern befreit zu haben. Dohrn: „Ich bin der Meinung, daß jedes Kind auch das Recht hat, seinen Eltern willkommen zu sein.“

Bevor der Gynäkologe aber bei den Frauen eine sogenannte Tubenligatur (Unterbindung der Eileiter) durchführte, um sie zu sterilisieren, verlangte er

- ▷ das Einverständnis beider Eheleute,
- ▷ den Tauschein und
- ▷ die Geburtsurkunden von mindestens drei schon vorhandenen Kindern.

Nach der Sterilisierung — von 162 Operierten zwischen 1958 und 1959 waren 161 Kassenpatientinnen — vermerkte Dr. Dohrn gewissenhaft jeden Eingriff im Operationsbuch seiner Station und in den Krankenblättern.

Das wurde ihm zum Verhängnis. Denn einer seiner Kollegen, der Frauenarzt Dr. Helmut Hindemith, erstattete Strafanzeige gegen ihn: Dohrn habe gegen das Erbgesundheitsgesetz von 1933 und gegen den Paragraphen 226a des Strafgesetzbuches, verstoßen, der auch eine auf Wunsch durchgeführte Körperverletzung für rechtswidrig erklärt, sofern sie gegen die „guten Sitten“ verstößt.

Der hannoversche Oberstaatsanwalt stellte das von Hindemith ausgelöste